

Bad Somburger Neueste Nachrichten

Bezugspreis: 1.75 Mk. monatlich frei Haus. — Erscheint werktäglich nachmittags. — Bei Ausfall der Lieferung ohne Verschulden des Verlags oder infolge von höherer Gewalt, Streit etc. kein Anspruch auf Entschädigung. Für unverlangt eingesandte Zuschriften übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr. — Einzelnummern: 15 Pf.

Anzeiger für den Oberrhein-Kreis

Bad Somburger Tageszeitung und Anzeiger

Bad Somburger Lokal- und Fremdenblatt * Taunuspost

Anzeigenpreis: Die einpaltige 30 mm breite Nonpareillezeile kostet 20 Pf. Lokale Gelegenheitsanzeigen nach besonderem Tarif. — Die 88 mm breite Nonpareille-Neckenzeile kostet 1.—, zwischen Text 1.50 Mk. — Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen nach Möglichkeit aber ohne Gewähr. — Offertgebühr 50 Pf.

2707 [Fernsprech-Anschluß] 2707 Geschäftsstelle, Redaktion und Druckerei: Bad Homburg v. d. H., Dorotheenstraße 24 Postfachkonto Frankfurt-M. 398 46

Nr. 294

Mittwoch, den 16. Dezember 1931

6. Jahrgang

Was kommt von Basel?

In Erwartung des Baseler Berichts.

Die Beratungen beendeten. — Der Redaktionsausschuß arbeitet.

Basel, 15. Dezember.

Der Beratende Sonderausschuß hat sich nach Entgegennahme eines Berichtes über die Lage der Deutschen Reichsbahn, den Direktor Homberger von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft erstattete, bis auf weiteres verlagert. Es wurde ein Unterkomitee für die Reichsbahnfragen unter Vorsitz von Rydbeck (Schweden) und ein anderes Unterkomitee für die Fragen der Reichsetats unter Vorsitz von Collijn (Holland) eingesetzt. Die Vorsitzenden dieser Unterkomitees werden dem Ausschuss nach Beendigung ihrer Arbeiten Bericht erstatten.

Die mit der Anfertigung des Berichtes beauftragten Persönlichkeiten haben ihre Arbeit bereits aufgenommen. Damit gehen die Arbeiten des Baseler Ausschusses ihrem Ende entgegen. Es werden aber bestimmt noch mehrere Tage vergehen, bis der Bericht der Vollversammlung des Ausschusses zur Genehmigung vorgelegt werden kann.

Wie wird das Ergebnis?

Die Augen der ganzen Welt sind jetzt auf Basel gerichtet. Von der Entscheidung, die dort gefällt, hängt nicht nur für Deutschland, sondern auch für die übrigen Länder, die

alle mehr oder weniger in die Wirtschaftskrise hineingeraten sind, viel ab. Zu dem Stand der Arbeiten des Beratenden Sonderausschusses veröffentlicht die Schweizerische Depeschagentur eine offenbar aus schweizerischen Finanzkreisen stammende Auslassung, in der es heißt:

Die Situation Deutschlands sei durch die Verhandlungen insoweit geklärt worden, als im Grunde genommen niemand mehr Deutschland Kredite gewähre, wohl aber auch andererseits Abneigung bestehe, Deutschland in vermehrtem Maße Waren abzukaufen, so daß Deutschland hinsichtlich der Reparationszahlungen ganz auf sich selbst gestellt sei.

Unter diesen Umständen dränge sich eine direkte Verständigung zwischen den Reparationsgläubigern und den Reparationsgläubigern auf, und die neutralen Staaten hätten das größte Interesse daran, daß eine solche Verständigung möglichst rasch und tiefgreifend erfolgt werde.

Der Sonderkorrespondent der „Times“ in Basel äußerte sich, es werde immer deutlicher, daß die Zahlungen Deutschlands an seine ausländischen Gläubiger, und zwar nicht nur die Reparationszahlungen, nur in Waren erfolgen können, und daß Zollschranken, die die Zahlungsleistung in dieser Form verhindern, eine Einstellung der Zahlungen überhaupt nach sich ziehen werde. Er bemerkt der Korrespondent:

Wie lange auch die jetzigen Schwierigkeiten Deutschlands dauern mögen, die Wiederaufnahme der Zahlungen der geschuldeten Annuitäten nach dem Young-Plan erscheint täglich zweifelhafter.

Deutschland unter Ausnahmerecht.

Die deutschen Leidgedanken für die Abrüstungskonferenz. Berlin, 15. Dezember.

Gegenüber einem amerikanischen Pressevertreter äußerte sich Reichswehrminister Groener über Abrüstungsfragen. Die Behauptung von einem militärischen Wert der Verbände bezeichnete der Minister als Legende. Der militärische Wert könnte nur auf sorgfältiger militärischer Schulung und Waffenübung beruhen. Diese Voraussetzungen fehlten bei den deutschen Wehrverbänden, aber nicht bei den polnischen. Es fehlte außerdem an Waffen jeder Art, so daß auch eine Mobilisierung dieser Verbände etwa als Reserve der Polizei und Wehrmacht unmöglich wäre.

Auf die Frage nach dem militärischen Wert der deutschen Zivilflugzeuge und der französischen Forderung auf Schaffung einer Völkerbundsluftflotte erinnerte der Reichswehrminister u. a. an eine Ausrüstung des Präsidenten der französischen Luftfahrtkommission, daß Flugzeuge, die als Kriegsfahrzeuge verwendet werden sollen, völlig umgebaut werden müßten. Aber selbst wenn ein solcher Umbau möglich wäre, was bedeutet die geringe Anzahl derartiger deutscher Flugzeuge gegen die französische Militärluftflotte, die nach den Worten des französischen Luftfahrtministers über 2800 Flugzeuge ohne Reservebestände umfaßt? Die von Deutschland beantragte

Die Deutschland aufgezwungene Wehrorganisation der kleinen Berufswehrmacht erlaubt weder das Ansammeln militärischer Reserven noch die Bereitstellung von Reserve-material. Während die Nachbarstaaten ihre Grenzen durch neuzeitliche Befestigungen sperren, darf Deutschland an der Ost- und Südgrenze keine Befestigungen anlegen und mußte an der Westgrenze eine entmilitarisierte Zone einrichten. Dasselbe Verhältnis besteht auch in der Seerüstung. U-Boote, Flugzeugträger und Marineflugzeuge sind

für Deutschland verboten.

Aus diesem Unterschied aus Recht und Macht und aus den felerlichen Verpflichtungen der Siegermächte, dem deutschen Beispiel in der Abrüstung zu folgen, ergeben sich die Grundzüge der deutschen Abrüstungspolitik, die zusammengefaßt lauten: Gleichberechtigung, Gleichheit in den Methoden der Abrüstung und gleiche Sicherheit für alle Völkerbundsmitglieder. „Sicherheit durch Abrüstung“ und nicht „erst Sicherheit, dann Abrüstung“, heißt die Parole für die Abrüstungskonferenz von 1932 und für die Gesundung der Welt in wirtschaftlicher, politischer und moralischer Hinsicht.

Keine Einberufung des Reichstags.

Auch die Christlich-Sozialen lehnen ab.

In der Fraktionsführung des Christlich-Sozialen Volksdienstes wurde die politische Lage besprochen. Ueber den Verlauf der Sitzung wurde eine Mitteilung ausgegeben, in der es u. a. heißt:

Der Volksdienst betrachtet die Notverordnung in erster Linie unter dem Gesichtspunkt ihrer Bedeutung für die Fortführung der Befreiungspolitik. Für die breitesten Volksschichten sind die ihnen durch die Notverordnung neu zugewiesenen Entbehrungen nur erträglich, wenn die Preisentwertung mit rücksichtsloser Energie durchgeführt wird.

Die zukünftige Haltung des Volksdienstes wird davon abhängen, ob die Regierung auch weiterhin den festen Willen erkennen läßt, die endgültige Befreiung von den Tributen zu sichern. An einer sofortigen Einberufung des Reichstages hat der Volksdienst kein Interesse.

Die Reichsbahnverwaltung hat beschlossen, die Erpreßgattarife ab 16. Dezember um 15 v. H. zu ermäßigen.

Der Sonderausschuß bei der V. Z. Z. beschäftigte sich mit dem Haushalt der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft.

Ausfuhrüberschuß geht zurück.

Auswirkung der handels- und währungspolitischen Maßnahmen.

Berlin, 15. Dezember.

Im November haben sich auf den deutschen Außenhandel die handels- und währungspolitischen Maßnahmen der verschiedenen Staaten empfindlich ausgewirkt. Die Ausfuhr belief sich auf rund 739 Millionen Mark, wozu noch Reparationszahlungen im Werte von 11 Millionen Mark (im Vormonat 13 Millionen Mark) kommen. Dieses Ergebnis bedeutet gegenüber Oktober einen Rückgang der Ausfuhr um fast 130 Millionen Mark oder beinahe 15 Prozent. Davon ist rund ein Drittel auf saisonmäßige Einflüsse zurückzuführen, während die anderen zwei Drittel die erste Auswirkung der Abfahrschwerungen für den deutschen Export darstellen. Die Einfuhr hat sich wertmäßig mit 482 Millionen Mark auf dem Stande vom Oktober gehalten. Mengenmäßig ist sie um 4 Prozent gestiegen, da die Durchschnittswerte erneut zurückgegangen sind.

Der Ausfuhrüberschuß ist von 383 Millionen Mark im Oktober auf 256 Millionen Mark im November gesunken. Unter Berücksichtigung der Reparationszahlungen übersteigt der Wert der Ausfuhr denjenigen der Einfuhr um 267 Millionen Mark.

Dreimal wöchentlich Sprechbörse

In Berlin und Hamburg. — Kein Abschluß von Geschäften.

Berlin, 15. Dezember.

Aus Kreisen der Börsenbesucher ist man immer wieder vorstellig geworden, um eine Wiederaufnahme des Börsenhandels zu erreichen, doch haben die verantwortlichen Stellen diese Wünsche abgelehnt. Für den Handel von Wertpapieren wurde lediglich der Verkehr von Büro zu Büro eingerichtet. In einer Pressebesprechung der Berliner Industrie- und Handelskammer äußerte sich Staatssekretär Dr. Meyer, daß aus Kreisen der Börsenbesucher an die Industrie- und Handelskammer der Wunsch herangebracht worden sei, solange die Wiederaufnahme des Börsenhandels unmöglich sei, die Börsenräume mindestens dreimal in der Woche den Besuchern der Wertpapierbörse zu Ausfragen ohne Abschluß von Geschäften zu öffnen. Diese Ausfragen sollten dazu dienen, gewisse Fehler des Wertpapierhandels zu korrigieren, den Wert der Papiere zu schätzen und Kursanomalien zu vermeiden. Dieser Wunsch ist vom Börsenvorstand unterstützt worden.

Die Kammer hat nunmehr beschlossen, dem Wunsche zu entsprechen. Die verschiedenen Berufsvereinigungen der Mitglieder der Wertpapierbörse werden die Gewähr dafür übernehmen, daß Geschäfte in diesen Zusammenkünften von ihren Mitgliedern nicht abgeschlossen werden. Unter dieser Voraussetzung soll die erste Zusammenkunft in der Zeit von 12.30 bis 13.30 Uhr am Donnerstag, den 17. Dezember, stattfinden.

An diese Erklärungen knüpfte Staatssekretär Dr. Meyer die Bitte, in Bezug auf Veröffentlichung von Kursen keine Forderung eintreten zu lassen und ferner jegliche Gerüchsbildung und Verbreitung von Gerüchten zu vermeiden, da die Industrie- und Handelskammer jeden Vorstoß bekämpfen werde.

Die Einrichtung der Sprechbörse gilt zunächst nur für Berlin und Hamburg, begründet aber die Hoffnung auf eine stufenweise Erweiterung des Börsengeschäftes.

Die Bahntarife im Saargebiet.

Ermäßigung ab 16. Dezember.

Saarbrücken, 15. Dezember.

Im Eisenbahngüterverkehr zwischen dem Reich und dem Saargebiet werden schon seit einigen Jahren die deutschen Eisenbahntarife angewendet. Zum 16. Dezember 1931 werden nun die deutschen Tarife im Rahmen der allgemeinen Preisentwertungsaktion im Durchschnitt um rund 14 Prozent herabgesetzt.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat die Frage dahin entschieden, daß im Wechselverkehr mit dem Saargebiet auch die ermäßigten Tarife bestehen bleiben. Infolgedessen wirkt sich die Senkung der Eisenbahngütertarife im Reich auch auf den Eisenbahnverkehr zwischen dem Saargebiet und dem Reich aus.

gänzliche Abschaffung der Militärluftfahrt

und das Verbot des Bombenabwurfs aus Flugzeugen aller Art für alle Mächte wären die wirksamsten Mittel, um die Offensivkraft der neuzeitlichsten Kriegswaffe zu brechen und die Bevölkerung vor den Gefahren des Luftkrieges zu schützen.

Zur Frage der Aufstellung einer eigenen militärischen Exekutivmacht des Völkerbundes wies der Minister auf die Vorgänge in der Mandatschüre hin und erklärte:

Das Gebot der Stunde heißt: Abrüstung und nicht Sabotage der Abrüstung durch Aufwerfen von Problemen, deren Lösung entweder undurchführbar oder erst in ferner Zukunft möglich ist.

Ueber die Frage der Sicherheit Deutschlands und seine grundsätzliche Stellungnahme zum Abrüstungsproblem erklärte der Minister weiter:

Deutschlands Unsicherheit

ergibt sich aus dem gewaltigen Unterschied zwischen den Rüstungen der Nachbarstaaten und der eigenen Entwaffnung.

Eine preussische Notverordnung.

Einschneidende Abbaumassnahmen.

Berlin, 16. Dezember.

Besprechungen im preussischen Staatsministerium über den Erlaß einer neuen Notverordnung sind, wie verlautet, so gut wie abgeschlossen. Die Notverordnung wird nur dem Staatsrat zugeleitet, nicht aber dem preussischen Landtag.

Sie bringt die Auflösung von 50 Landkreisen, die innerhalb eines bestimmten Zeitraumes — man spricht von etwa einem Jahr — aufgehoben werden sollen, ferner die Aufhebung von etwa 60 Amtsgerichten und 40 Oberförstereien.

Dazu kommen Einschränkungen im Landwirtschaftsstat, die sich vor allem auf Forschungsinstitute beziehen würden. Ob die Pläne des früheren Finanzministers Höpfer-Schöff, die Altersgrenze für die Beamten herabzusetzen und dabei außerdem im Interesse der Junglehrer eine besondere Herabsetzung der Altersgrenze für Lehrer vorzunehmen, in die preussische Notverordnung Aufnahme finden werden, steht noch nicht fest.

Flucht nach Unterschlagung von 50 000 Mark

Wiesbaden, 16. Dez. Der 37jährige Geschäftsführer des Evangelischen Versicherungsvereins Wiesbaden, Adolf Bender, ist nach Verurteilung von über 50 000 Mark geflüchtet. Es wird angenommen, daß Bender ein Flugzeug nach dem Auslande zu seiner Flucht benutzte. In seiner Begleitung befindet sich seine achtsjährige Tochter.

Die Haltung der Gewerkschaften.

Alles hängt vom Preisabbau ab.

Berlin, 15. Dezember.

Beim Empfang der Vertreter der Spitzengewerkschaften durch den Kanzler wurde, wie zuverlässig verlautet, von den Gewerkschaftsführern u. a. betont, daß man an sich den ernsthaften Willen der Regierung anerkenne, das gesteckte Ziel zu erreichen. Mit allem Nachdruck müßten sich aber die Gewerkschaften gegen den ungeheuerlichen Eingriff in das Tarifrecht wenden und einen einseitigen Ausgang der Gesamtbestrebungen zu Ungunsten der Arbeitnehmer scharf bekämpfen.

Vorläufig nähmen die Gewerkschaften eine abwartende Haltung ein und machten ihre weiteren Entscheidungen von dem Verlauf der Preisentzugsmassnahmen abhängig. Die Gewerkschaften wären bereit, die Regierung bei der Durchführung der Preisentzugsmassnahmen tatkräftig zu unterstützen. Der Regierung könne nur geraten werden, die gebotene Zäsur für den Erfolgsnachweis ausgiebig auszunutzen. Scheiterte der Versuch der Preisentzug bzw. bleiben die Notverordnungsmassnahmen in einer einseitigen Massenbelastung stecken, dann entwickle sich eine vollkommen veränderte Lage, aus der sich kein normaler Verlauf der Dinge mehr ergebe.

Der Reichswirtschaftsminister habe besonders betont, daß man mit äußerster Energie gegen alle Widerstände vorgehen würde, die sich der Preisentzugssaktion entgegenstellten.

Kommt Frankreich zur Einsicht?

Funktionsstörungen durch die Reparationen werden zugegeben.

Basel, 15. Dezember.

Das holländische Ausschussmitglied Collin hat in Basel in seinem Bericht über die funktionsstörenden Wirkungen der politischen Zahlungen die Einwirkung der Reparationen auf die Weltwirtschaftskrise außerordentlich klar und eindrucksvoll geschildert.

Er betonte u. a., daß verschiedene Staaten in steigendem Maße durch die infolge der Reparationszahlungen notwendig gewordene Steigerung des deutschen Exports zu Abwehrmassnahmen gezwungen worden seien. Das ganze System habe zu einer empfindlichen Störung des Güterauslaufs zwischen den Ländern und damit des gesamten Weltwirtschaftshandels geführt.

Die Diskussion, an der sämtliche Mitglieder des Ausschusses teilnahmen, bewegte sich auf sehr beachtlicher Höhe. Das Problem wurde eingehend nach den verschiedensten Richtungen erörtert. Auch der französische Vertreter konnte sich den von Collin vorgebrachten Argumenten nicht ganz entziehen. Er meinte lediglich, daß der Einfluß der politischen Zahlungen auf das Wirtschaftsleben nicht so beträchtlich sei, wie es von anderen Sachverständigen angenommen würde.

Die Tatsache einer Funktionsstörung durch die Reparationen hat aber auch der französische Vertreter nicht mehr bestritten.

Mehrheit für Laval.

Erregte Nachsitzung der Kammer.

Paris, 15. Dezember.

Die französische Kammer behandelte in einer Nachsitzung den Regierungsentwurf, der die Deckung der Pforderluste der Bank von Frankreich durch Herausgabe von Schatzbons vorsieht. Es entspann sich eine lebhafte Debatte. Nach längerer Aussprache stellte ein linksrepublikanischer Abgeordneter den Antrag auf Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuss.

Der Finanzminister widersprach diesem Antrage und der Ministerpräsident Laval stellte sogar gegen die Zurückverweisung an den Ausschuss die Vertrauensfrage. Er betonte, daß die Bank von Frankreich niemals ihr Konto „verschleudert“ bekannt gebe, schon deshalb nicht, um ihren Kredit nicht zu gefährden.

Der Finanzminister kenne sehr wohl dieses Konto, werde aber darüber nichts verlauten lassen, um dem Kredit Frankreichs keinen Abbruch zu tun; denn der Kredit des Landes stehe auf dem Spiel.

Die Regierung stellte die Vertrauensfrage, die mit 307 gegen 274 Stimmen zu ihren Gunsten entschieden wurde.

Schließlich wurde die Regierungsvorlage mit 321 gegen 269 Stimmen angenommen.

Stützung des Gerstenmarktes.

Eine Verordnung der Reichsregierung.

Berlin, 15. Dezember.

Die Lage auf dem inländischen Gerstenmarkt hat, insbesondere durch den starken Rückgang des Bierkonsums zu Preisverhältnissen geführt, die eine Rentabilität des Gerstenbaues, insbesondere in Süddeutschland ausschließen.

Die Reichsregierung hat sich deshalb entschlossen, durch eine Verordnung die inländische Gerste in die bisher nur für die Kartoffelflocken bestehende Kombination für die Einfuhr von ausländischer Gerste mit einzubeziehen. Inzwischen wird auch derjenige, der von der Getreidehandelsgesellschaft einen Doppelsentner Inlandsgerste zur Viehfütterung bezieht, die Möglichkeit haben, dazu zum Zollsaß von vier Reichsmark zwei Doppelsentner Auslandsgerste einzuführen.

Um eine mißbräuchliche Ausnutzung dieser Möglichkeiten zu verhindern, mußte die bereits für Kartoffelflocken geltende zentrale Regelung auch auf den Bezug inländischer Gerste ausgedehnt werden. Der Ankauf der inländischen Gerste und der Absatz an den letzten Verbraucher erfolgt hier durch Handel und Genossenschaften. Diese Aktion wird noch durch eine besondere Frachtverbilligung für die frachtilich besonders ungünstig liegenden Ueberseesgebiete für inländische Gerste unterstützt werden.

Anlage gegen Ragenellenbogen.

Das gerichtliche Nachspiel der Verluste der Schultheiß-Pagenhofer AG.

Berlin, 15. Dezember.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen die Mitglieder des ehemaligen Generaldirektoriums der Schultheiß-Pagenhofer Aktiengesellschaft, Ragenellenbogen, Penzlin, Dr. Sobernheim, Kuhlman und Junke Anlage wegen Bilanzverschleierung erhoben.

Sämtlichen Angeklagten wird vorgeworfen, daß sie in der Aufsichtsratsitzung am 18. November 1930 und der Generalversammlung am 3. Januar 1931 die Stützungs-käufe verschwiegen hätten. Ragenellenbogen wird beschuldigt, handelsrechtliche Untreue dadurch begangen zu haben, daß er die Gründung der Effektenkonfession G. m. b. H. benutzt habe, um die Ludwig Ragenellenbogen G. m. b. H. von ihren Bankverpflichtungen zu befreien. Ragenellenbogen befindet sich in Untersuchungshaft.

Wildweß in Berlin.

Ueberfall auf einen Juwelierladen.

Berlin, 15. Dezember.

Der Berliner Stadtteil Tempelhof ist der Schauplatz eines mit unerhörter Dreistigkeit verübten Raubüberfalls auf ein Juweliergeschäft gewesen. Vor dem Verkaufsraum des Juweliers fuhr ein Auto vor, dem drei Männer entstiegen und die den Laden betraten.

Dort stiegen sie über den Juwelier her und wollten ihn niederschlagen. Es entstand ein wildes Handgemenge, auf das vorübergehende Passanten aufmerksam wurden. Gleich darauf stürzten die drei Männer aus dem Laden heraus. Ihnen folgte der Juwelier mit dem Ruf „Haltet sie!“ Die drei Räuber erreichten ihr Auto und der eine eröffnete aus dem Wagen heraus eine regelrechte Revolverfanonade auf die Verfolger, ohne jedoch glücklicherweise jemand zu verletzen.

Das Auto fuhr in rasender Fahrt davon und die Räuber, die den frechen Ueberfall am helllichten Tage ausführten, sind entkommen.

Studenten protestieren.

Zweitägiger Hochschulkstreik in Braunschweig.

Braunschweig, 15. Dezember.

Der Ausschuss der Braunschweiger Studentenschaft beschloß einen zweitägigen Hochschulkstreik, und zwar habe — wie es in einem Rundschreiben der Studentenschaft heißt — der bulgarische Student Stojanoff die Ehre des deutschen Volkes auf das schwerste verletzt, indem er die deutschen Studentinnen als Dienstmädchen bezeichnet und gegen den Vorsitzenden der Braunschweiger Studentenschaft ein das Nationalgefühl kränkelndes Schimpfwort gebraucht habe. Rektor und Senat hätten Stojanoff nur wegen der ersten Äußerung mit einem Verweis bestraft, dagegen nicht die Beleidigung gegen den Studentenvertreter geahndet.

Da der Rektor in einem Schreiben den Protest der Studentenschaft gegen die angeblich einseitige Untersuchung des Vorfalls auf das schärfste mißbilligt habe, werde die Studentenschaft nunmehr einen zweitägigen Hochschulkstreik durchführen.

Sturm über Italien.

Vielerlei Verlechte. — Großer Sachschaden.

Rom, 15. Dezember.

Von der ganzen Mittelmeerküste werden schwere Stürme gemeldet. In Spezia wurden verschiedene Häuser beschädigt und die Verbindungen fast völlig unterbrochen. Mehrere Personen erlitten schwere Verletzungen. Der Sachschaden beträgt mehrere Millionen Lire.

Eine Reihe kleinerer Schiffe ist auf offener See vom Sturm überrascht worden und kenterte oder konnte nur mit Mühe Rettung suchen. In Sarno bei Neapel sind 20 Personen durch herunter geworfene Ziegel schwer verletzt worden. Auch ist hier die Telefon- und Telegraphenverbindung unterbrochen. In Mailand wurde das Krankenhaus und das Regierungsgebäude beschädigt.

Auch aus dem Innern des Landes kommen Meldungen über schwere Stürme. In der berühmten Kathedrale Santa Maria del Fiore in Florenz hat der Sturm mehrere Fenster der Kuppel zerbrochen; ebenfalls in Florenz wurden zwei 40 Meter hohe Radiotürme umgerissen. In einer Ortschaft in Toskana wurde der Glockenturm einer Kirche umgeworfen.

Der Zusammenbruch der Gewerbebank A.-G., Trier

Trier, 15. Dez. Die Gläubiger der durch die Fusion mit der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz verbundenen Gewerbebank A.-G., Trier, hielten heute ihre erste Gläubigerversammlung ab, die außerordentlich stark besucht war.

Rechtsanwalt Heim teilte mit, es stehe nunmehr fest, daß die Fusion zwischen der Berliner Bank und der Trierer Gewerbebank A.-G. durch die einige Tage vor dem Zusammenbruch der Berliner Bank erfolgte handelsgerichtliche Eintragung rechtswirksam sei. Ein Status der Gewerbebank liege noch nicht vor, da man mit den Vorarbeiten für die Aufstellung noch nicht ganz fertig geworden sei.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der früheren Gewerbebank, Rechtsanwalt Stöck, erklärte, der Zusammenbruch der Gewerbebank sei dadurch gekommen, daß der Vorstand hinter dem Rücken des Aufsichtsrats an zwei Firmen je einen großen nicht gesicherten Kredit gegeben habe. Die dadurch entstandene Lage habe der Konkurs der Gewerbebank in sichere Nähe gerückt und daher sei die Fusion mit der Berliner Bank geschlossen worden. Diese habe damals noch als sicher gegolten. Die jetzige Sachlage sei so, daß der Beschluß des Reichs, die Gewerbebank zu stützen, gefaßt sei. Es seien nur noch Formalitäten mit der Bank, die stützen solle, zu erledigen.

Auf eine Frage mußte Rechtsanwalt Stöck zugeben, daß Angestellte der früheren Gewerbebank vor der Fusion Spekulationen mit dem Geld der Bank unternommen hätten. Von einer Verfolgung des früheren Vorstandes und dieser Angestellten habe man Abstand genommen, da ja doch nichts mehr zu retten gewesen sei.

Gehaltsverhandlungen im Bankgewerbe gescheitert.

Berlin, 16. Dez. Die durch die Notverordnung erforderliche gewordenen Verhandlungen über die Festlegung der Gehaltsbezüge im Bankgewerbe, die zwischen dem Reichsverband der Bankleitungen und den am Tarifvertrag beteiligten Angestelltenorganisationen stattfanden, haben, wie der Deutsche Bankbeamtenverein mitteilt, zu einer Einigung nicht geführt. Der Reichsarbeitsminister soll gebeten werden, nunmehr einen Schlichter zu benennen.

Zwei Todesurteile.

Dresden, 16. Dez. Das Schwurgericht verurteilte den Kaufmann Stephan und den Installateur Gulbin aus Dresden wegen gemeinschaftlichen vollendeten Mordes zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Sie hatten am 12. September 1931 ihren Freund, den 28 Jahre alten Gärtnergehilfen Hecht gemeinschaftlich an der Elbe ermordet, nachdem sie bereits einige Tage vorher einen Giftmordversuch an ihm unternommen hatten.

Großfeuer bei Paris.

Ein Warenhaus und sieben Gebäude zerstört.

Paris, 15. Dezember.

In einem großen Warenhaus des Pariser Vorortes Aubervilliers entstand ein Brand, der schnell um sich griff. Als die Pariser Feuerwehr der dem Brande gegenüber machtlos stehenden Ortsfeuerwehr zu Hilfe eilte, waren bereits außer dem Warenhaus selbst sieben anliegende Gebäude ein Raub der Flammen geworden.

Brennlicher Landtag.

Berlin, 15. Dezember.

Bei Beginn der Plenarsitzung des Preussischen Landtags, gedachte der Präsident Witmaack, während die Abgeordneten sich von den Plätzen erhoben, des verstorbenen Abg. Loonhardt (Saatspartei).

Einen Antrag, der die Aufhebung der letzten Reichsnotverordnung, besonders Unterstützungsmaßnahmen für die Erwerbslosen, sowie die Einführung der 40-Stundenwoche fordert, wird an den Ausschuss überwiesen.

Das Haus trat nunmehr in die Tagesordnung ein. — Zur Erledigung stand zunächst die zweite Beratung des vom Beamtenausschuss im Einvernehmen mit der Staatsregierung ausgearbeiteten neuen

Nach kurzer Aussprache wurde der Gesetzentwurf in zweiter Lesung im wesentlichen nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen.

Der Landtag bestätigte dann eine Reihe von Ausschlußbeschlüssen.

Abg. Sobottka (R.) bekämpfte die Lohnabbaumassnahmen bei den Bergarbeitern.

Oberbergshauptmann Flemming weist die Angriffe zurück. Herr Sobottka habe die Abschreibungen übersehen. Tatsächlich bestehe auch bei den staatlichen Bergwerken eine sehr schwierige Situation.

Weiterberatung! Mittwoch

Auslands-Rundschau.

Frankreich leistet keine Zahlung an Amerika.

Nach einer Agenturmeldung aus Washington hat die französische Regierung der amerikanischen Regierung mitgeteilt, daß sie infolge des Hoover-Memoriums die am 15. fälligen 19 610 000 Dollar nach dem französisch-amerikanischen Schuldenabkommen nicht bezahlen werde.

Tschiangkaifschek bleibt Generalissimus.

Wie verlautet, wird Tschiangkaifschek das Amt eines Generalissimus mit dem Oberbefehl über 500 000 Mann beibehalten. Das Amt des Präsidenten der Nationalregierung, von dem Tschiangkaifschek zurückgetreten ist, dürfte vorläufig b. h. bis zur Umbildung der Regierung, von dem gegenwärtigen Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses der Kuomintang, Linschan, übernommen werden. Der japanische Botschafter in Paris, Nishikawa, hat den Auftrag erhalten, nach Japan zurückzukehren, um das Außenministerium im neuen Kabinett zu übernehmen.

Les Deine Zeitung!

Eigentlich sollte diese Mahnung überflüssig sein. Denn die Zeitung gehört zweifellos zu den Dingen, die am wenigsten entbehrlich erscheinen. Und das gerade heute, in einer Zeit wirtschaftlicher Depression und politischer Hochspannung. „Aber sie kostet Geld“, werden viele sagen, „und gerade jetzt, wo die Gehälter gekürzt sind, wo der Landmann nicht mehr allzuviel aus dem Verkauf seiner Erzeugnisse erhält und der Geschäftsmann und Handwerker über den stetig sinkenden Ertrag seines Geschäftes klagt, muß man mehr denn je sparen, um über die wirtschaftliche Depression hinwegzukommen.“ Aus dieser Einstellung heraus wird dann die Zeitung abbestellt, werden die geringen Ausgaben für die Zeitung „eingespart“. Es erhebt sich nun hier die Frage, ob solche Einsparungen in Wirklichkeit eine Ersparnis sind oder ob nicht vielmehr der Verzicht auf regelmäßige Unterrichtung durch die Zeitung schwerer wiegt, als dem zu leistenden geldlichen Gegenwert entspricht. Man muß sich da über das Wesen und die Bedeutung der Zeitung klar sein. Gerade in Zeiten, wie wir sie jetzt in Deutschland durchmachen, muß es für jeden denkenden Menschen eine Selbstverständlichkeit sein, sich laufend über die Geschehnisse zu orientieren, seien sie nun wirtschaftlicher oder politischer Art. Und unbestritten vermittelt kein Institut und keine Einrichtung öffentlicher oder privater Natur die Kenntnis dieser Geschehnisse besser, als die ihrer Natur und ihrem ureigensten Zweck nach hierzu berufene Zeitung. Die Politik ist heute bei ihrer Einwirkung auf die wirtschaftlichen Vorgänge nicht mehr ein Gegenstand des Interesses weniger Personen. Der Wirtschaftler begnügt sich heute weniger denn je damit, den Wirtschaftsteil seiner Zeitung, die Börsennotizen usw. durchzusehen. Er liest mit größter Aufmerksamkeit auch den politischen Teil, vergleicht die Rückwirkung politischer Geschehnisse auf die Börsen und die wirtschaftlichen Begebenheiten und zieht seine Schlüsse aus diesen ihm bekannten Wechselwirkungen. Und jeder andere, der irgendwie im Wirtschaftsleben steht, sollte es in seinem eigenen Interesse ebenso machen. Denn ein wesentlicher Bestandteil des Erfolges ist unbestritten die Erkenntnis der Zusammenhänge, die Kenntnis der Vorgänge im politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes und der Welt.

Christbäume ziehen in die Stadt.

Allmählich ist die Zeit wieder gekommen, in der der grüne Wald seinen Zug zu den menschlichen Behausungen antritt. Die Tannenbäume wandern in die Stadt. Die ersten habe ich heute gesehen. In dem Hof, wo sonst Kohlen, Bretter und andere Dinge lagern, schimmerte ihr freundliches Grün. Und hier warten sie, bis in einigen Tagen der Verkauf beginnt.

Dann werden auf dem Markte und an den Straßen wieder die grünen Tannenbäume stehen. Eine neue Note kommt in das alltägliche Straßenbild. Waldesduft und frischer Hauch gehen von den Zweigen und Nadeln aus und die Vögel hören wir klingen und singen: „O Tannenbaum, o Tannenbaum —“. Dann wissen wir, daß Weihnachten vor der Tür steht.

Uralt ist die deutsche Sitte des lichttragenden Weihnachtsbaumes. Kann man sich ein Weihnachtsfest ohne den strahlenden Tannenbaum mit seinen Ägeln und Kerzen denken? Ja, es ist doch so, daß der Tannenbaum, nun in einen Christbaum verwandelt, untrennbar mit dem echten, deutschen Weihnachtsfest und dem heiligen Abend verknüpft ist. Und wieder wandern die schlanken Gesellen nach und nach weiter, ziehen in die Wohnungen ein, wo sie gepußt, aufgestellt, mit stimmungsvollen, schimmernden Tannenzweigen behangen werden und dann im Verborgenen, den Kinderäugen unsichtbar gemacht, des Glöckchens harren, das die Bescherung des Heiligen Abends ankündigt.

Auch in diesem Jahre wird in den Städten vielfach wieder der Weihnachtsbaum für Alle errichtet werden. Gerade heute, wo so viele Stuben ohne den Glanz und die Freude des Christbaums sein werden, soll der Baum für Alle nicht fehlen!

Wegen Erreichung der Altersgrenze wird Herr Herr Bürodirektor Louis Reih am 1. April in den Ruhestand treten. Herr Direktor Reih wirkte vor seiner Tätigkeit bei der Verwaltung unserer Stadt, die er am 1. August 1893 begann, in Wiesbaden und kann insgesamt auf eine 50jährige öffentliche Dienstzeit zurückblicken.

Erwerbslosen - Tumulte. Trotzdem durch die Anordnung des Herrn Reichs-Präsidenten vom 8. 12. 31 alle öffentlichen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel bis einschließlich 3. 1. 32 verboten worden sind, hat es der unter kommunistischem Einfluß stehende Teil der hiesigen Erwerbslosen für notwendig gehalten, am gestrigen Tage, der als Reichsdemonstrationstag der Erwerbslosen ausgerufen war, auch in unserer Stadt an die Demonstration zu treten und durch einen vorbereiteten Marsch, der von der Warmehalle in der Hildertinschule seinen Anfang nahm, zu demonstrieren. Truppweise ging es von der Warmehalle nach dem Stadlinnen, wo sich die Gruppen bald vereinigten und auf dem Bürgersteig der Louisestraße auf- und abzogen. Sprechchöre sorgten für die nötige Belebung durch eingetragene Rufe, wie: Was haben die Erwerbslosen? Hunger! usw. Auch der Ruf „Rot Front!“ durfte nicht fehlen. Die sofortige Alarmierung der Polizei sorgte für Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung, hierbei mußte mit dem Gummiknüppel vorgegangen werden, auch erfolgten zwei Festnahmen. Gegen die festgenommenen Personen wird Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt a. M. erfolgen. Bedauerlich ist es, daß das Publikum (insbesondere Schulkinder) als Zuschauer es immer noch nicht begreifen kann, in welche Gefahr es sich begibt, wenn es seine Neugierde durch unnützes Stehenbleiben befriedigt. Es wird nicht nur der Polizei die Tätigkeit erschwert, es kann passieren, daß bei der Anwendung des Gummiknüppels auch Unbeteiligte getroffen werden, was dann nicht zu vermeiden ist. Nachdem

auch gestern die Neugierigen sich verlaufen hatten, trat die Ruhe wieder ein. Da die Demonstration in der Warmehalle der Hildertinschule ihren Anfang genommen hatte, hat die Polizei diesen Raum als Warmehalle gesperrt.

Deffentliche Steuermahnung. Die rückständigen Grundvermögens-, Hauszinssteuern und Kanalgebühren pro Dezember 1931, sowie die Bürgersteuer für Veranlagte nach dem zugestellten Bescheid sind bis zum 18. d. Mts. zu zahlen, andernfalls die kostenpflichtige Beitreibung erfolgt.

Aurhaushealer. Als neunte Abonnementsvorstellung bringt die Direktion am morgigen Donnerstag, abends 7.30 Uhr, den beliebten Operettenschlager „Mascolich“ von Walter Bromme zur einmaligen Aufführung. Auge und Ohr des Theaterbesuchers sind bei dieser Operette immer beschäftigt. Die Musik hat vielen Einfall, schlagermäßigen und aparten, sie hält den modernen Stil, ist voll von Feinheiten und Raffinement, eine geistreiche, kultivierte und ungemein beschönigende Musik. Das Libretto ist überaus routiniert und bühnenförmig gemacht. Es ist für ein Publikum geschrieben, das die Absicht hat, sich von Herzen zu amüsieren. — In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Mangel, Kuhl, Wirth und Klein sowie die Herren Stübler, Hannak, Helmberg, Roseda, Fontaine, Suruk, Baus und Appel.

Um die Anwartschaft in der Angestelltenversicherung. Nach dem Angestelltenversicherungsgesetz müssen zur Aufrechterhaltung der Ansprüche an die Versicherung in den ersten 11 Versicherungsjahren jährlich mindestens 8, für die spätere Versicherungszeit jährlich mindestens 4 Monatsbeiträge nachgewiesen werden. Krankheitszeiten und Besuchszeiten öffentlicher Lehranstalten werden dabei angerechnet. Die hiernach fehlenden Beiträge können noch bis zum Ablauf des übernächsten Jahres nachgezahlt werden. Für Rüststände aus dem Jahre 1929 läuft also mit Ende Dezember 1931 die Nachzahlungsfrist endgültig ab. Wer diesen letzten Termin veräumt, muß mit Schwierigkeiten bei der Geltendmachung von Rentenansprüchen rechnen. Für Arbeitslosen- und Arbeitsunterstützungsempfänger sind die Arbeitsämter zur Aufrechterhaltung der Anwartschaften verpflichtet. Für Wohlfahrtsunterstützungsempfänger besteht zurzeit eine derartige allgemeine Verpflichtung noch nicht. Immerhin kann auch diesen Erwerbslosen nur empfohlen werden, bei den Wohlfahrtsämtern wegen Zahlung der vorhandenen Beitragsrückstände vorstellig zu werden.

Behördenangestellten-Versammlung in Bad Homburg.

(Schluß)

Hierauf ging der Referent auf die Vertretung der Behördenangestellten in der Vergangenheit durch die kaufmännischen Angestelltenorganisationen ein. Selbst den guten Willen vorausgesetzt, müsse die berufliche Vertretung durch die Gewerkschaften an ihrer Sachkenntnis scheitern. Ihr Nichtgewachsensein habe uns das fälschlicherweise Tarif-Vertrag genannte Diktat der Finanzverwaltung gebracht, das uns neben schlechter Bezahlung eine Fülle von Verantwortung und Pflichten aufgebürdet habe und dazu den ständigen Wink nach der Strafe enthielte.

Er führte weiter aus: Wenn wir diese Feststellungen machen sind wir alles andere als gewerkschaftsfeindlich. Wir erkennen durchaus die von den Arbeiterverbänden geleistete Arbeit als zweckmäßig an, wir bestreiten ebenförmig die Berechtigung der kaufmännischen Angestelltenorganisationen, die Handlungsgehilfen oder technischen Angestellten zu vertreten. Aus dieser Erkenntnis leiten wir aber mit dem gleichen Recht für die Behördenangestellten die gleiche Folgerung ab, für den Behördenangestellten mit seiner besonderen beamtengleichen Bestimmung endlich eine selbständige Berufsorganisation ins Leben zu rufen. In einzelnen Verwaltungen sind bereits Fachverbände entstanden, wie bei der Preuß. Finanzverwaltung, Preuß. Luftw.-Verw., Reichsfinanzministerium und Reichsinnenministerium.

Unter der Leitung mutiger Kollegen hat sich auch ein Sammelverband mit dem Sitz in Frankfurt a. M. gebildet, mit dem Ziel, für die Behördenangestellten ähnliche Wege zu geben, wie die Verbände der Beamten für diese. Der Bund Deutscher Behördenangestellter, kurz „BDB“ wird heute durch mich bei Ihnen.

Nach kurzem dringlichen Hinweis auf den Ernst der Stunde, schloß er mit den Worten „Kollegen und Kolleginnen! Ich habe nicht zu ihnen als bezahlter Sprecher einer fremden Organisation gesprochen, ich bin wie Sie Behördenangestellter mit dem ganzen Berufsweb und -W. Glauben Sie mir trotz aller Mißgunst der Zeit an den Aufstieg unseres Berufsstandes. Glauben Sie aber nicht nur, sondern helfen Sie mit, die Zukunft zu bauen, werden Sie Mitglied des Bundes Deutscher Behördenangestellter und damit Pionier dieser Bewegung in Ihren Verwaltungen zum Heil unseres ganzen Berufsstandes.“

Lebhafter Beifall dankte dem Referenten für seine Ausführungen und zeigte, daß er den Anwesenden aus der Seele gesprochen hatte.

Nach einer ergiebigen Aussprache wurde eine Ortsgruppe des Bundes Deutscher Behördenangestellter gegründet, dem alle Anwesenden reslos beitraten. Die Geschäftsstelle befindet sich Obergasse 14; weitere Auskünfte werden gerne erteilt. Zum Vorsitzenden wurde Herr Albrecht von hier einstimmig gewählt.

In der heutigen Sitzung führte Amtsgerichtsrat Dr. Conhen den Vorsitz; die Anwaltschaft vertrat Anwalt Schneider. Zur Verhandlung standen fünf Strafsachen.

Gastwirte unter Anklage. In der Nacht vom 31. Oktober zum 1. November 1931 (Allerheiligen) wurden von einem hiesigen Gastwirt noch nach der vorgeschriebenen Polizeistunde Gänge geduldet und bewirtet; ebenso wurde am Sonntag selbst (Tag vor Allerheiligen) gegen die äußere Heilighaltung desselben verstoßen. Wegen des erstgenannten Delikts erhielt der Angeklagte eine Polizeistraf von 20 Rmk., wegen des zweiten eine solche von 10 Rmk. In der heutigen Berufungsverhandlung kam es auf Grund der Zeugenaussagen zur Verurteilung des Angeklagten zu einer Gesamtschuld von 20 Rmk. — Im zweiten Fall hatte ein hiesiger Gastwirt H. Anklage in der Nacht vom 1. zum November über die gefällige Polizeistunde hinaus in seinem Lokal Gänge geduldet und war deshalb in eine Polizeistraf von 5 Rmk. genommen worden. In der heutigen Verhandlung konnte aber dem Angeklagten eine Übertretung dieser Art nicht nachgewiesen werden, so daß das Gericht antragsgemäß zum Freispruch kam.

Im Fall 3 kam es wegen Nichterscheinens des Angeklagten zur Verwerfung des Einspruchs. Der Angeklagte hatte wegen Übertretung des Gesetzes über Besteuerung des Wanderlagerbetriebs eine Polizeistraf erhalten.

Übertretung der Straßenverkehrsordnung. Am 21. Juni d. Js. ließ der Personkraftwagen des Angeklagten Ed. Th. von Frankfurt am Main kommend, in der Frankfurter Landstraße in Oberursel, an der bekanntlich gefährlichen Kurve am dortigen Friedhof, mit dem Motorradler H. aus Frankfurt a. Main zusammenstoßen, wobei Letzterer verletzt wurde. Der Zusammenstoß soll dadurch entstanden sein, daß Th. nicht vorschriftsmäßig die rechte Straßenseite befuhr. Gegen den Angeklagten wurde ein Strafgebot von 20 Rmk. gelegt. Th. Berufung ein. H., der heute als Zeuge auftrat, erklärte, die Versicherung habe ihn bereits entschädigt; er sei an einer Bestrafung des Angeklagten desinteressiert, zumal dieser den besten Willen gehabt habe, den Zusammenstoß zu vermeiden. Somit wurde auf eine weitere Beweisaufnahme verzichtet und das Verfahren eingestellt.

Betrug. Der Arbeiter C. hatte das Arbeitsamt Frankfurt a. M. dadurch geschädigt, daß er sich Erwerbslosenunterstützung ausbezahlen ließ, obwohl er bereits wieder in Arbeit stand. In Vertretung des Angeklagten erschien dessen Vater vor Gericht und gab sein Bedauern über den Dummheitsjungenfreud seines Sohnes Ausdruck. Im übrigen habe sein Sohn die Affäre schon außerordentlich bereut. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Betrugs zu 10 Rmk. Geldstrafe.

Bad Homburger Sport-Nachrichten.

Viktoria und 1912 Edenheim — J. F. C. Viktoria 08, Airdorf (1 : 1)

Unter der vorzüglichen Leitung von Schiedsrichter Schwabe, Mainz, absolvierten obige Vereine am vergangenen Sonntag in Edenheim ihr stilles Verbandsspiel. Beide Mannschaften spielten mit Eifer, was jedoch gar nicht wieder in Erscheinung trat.

Bei Edenheim fehlte Schlagbauer und bei Airdorf Becker, Wehrheim und Rath. Das Spiel war spannend vom Anfang bis zum Schluß und waren ganz besonders die beiden Hintermannschaften voll und ganz auf der Höhe, was ja aus dem Resultat schon hervorgeht dürfte.

Bereits in der vierten Minute kam der Ballgeber durch Reil zu seinem Erfolg, der infolge des glatten Bodens nicht zu vermeiden war. Gegen Schluß der ersten Hälfte gelang es Viktorias Halbklinken Reil eine schöne Kombination mit Erfolg für seinen Verein abzuschließen, so daß die Seiten beim Stande von 1 : 1 gewechselt wurden.

Mit Beginn der zweiten Hälfte hat Airdorf die bessere Seite und kann den Gegner des Hiers in die eigne Hälfte zurückdrängen. Zu einem Erfolg kam es jedoch bis zum Schlußpfiff nicht mehr.

Beide Vereine hatten in den Hintermannschaften sowie in der Vorrückreihe die besten Mannschaften. Reil-Viktoria Airdorf lieferte ein ganz großes Spiel, doch auch sein Gegenüber Krauß war gut in Fahrt. Im Sturm hatte Viktoria, Airdorf ein kleines Plus, allerdings hatte derselbe unter den glatten Bodenverhältnissen sehr zu leiden, während sich der Ballgeber hiermit besser zurecht fand.

Mit Schiedsrichter Schwabe, Mainz, waren beide Parteien sehr zufrieden und kann man sich nur zu jedem Spiele einen solchen Pfaffenmann wünschen.

Reserve-Mannschaft gegen Edenheim 0:2

A. Jugend gegen Niederursel 1:1

B. Jugend gegen Edenheim 0:1.

Wetterbericht

Durch Kaltluftausbruch hat sich ein Reil hohen Luftdrucks nach Südosten vorgeschoben, der Mitteleuropa bis auf weiteres von der Zufuhr ozeanischer Warmluft abschließt. Wettervorhersage: Fortdauer des nebligen Wetters, im Gebirge Neuschnee

Verantw. für den redaktionellen Teil: E. Herz, Bad Homburg für den Inseratenteil: Fritz W. A. Krägenbrink, Bad Homburg Drucker und Verleger: Otto Waagenbreth & Co., Bad Homburg

Deutsche Tageschau.

Eine Neujahrsbotschaft des Reichspräsidenten.

Reichspräsident von Hindenburg wird, wie wir erfahren, zum Jahreswechsel eine Rundfunkansprache an das deutsche Volk richten. Der genaue Zeitpunkt wird noch festgelegt werden.

Der bayerische Landtag bleibt.

Nach mehrstündigen Beratungen verkündete der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes Dr. Müller folgendes Urteil zu den Anträgen der nationalsozialistischen Landtagsfraktion betr. die Ungültigkeitserklärung des Landtages: Die Anträge der nationalsozialistischen Landtagsfraktion werden abgewiesen.

Neues aus aller Welt.

Kommunistische Funktionäre verhaftet. Die Polizei verhaftete in Frankfurt a. M. etwa 25 kommunistische Funktionäre in ihren Wohnungen und nahm sie in polizeilichen Gewahrsam. Die Kommunisten beabsichtigten trotz der Rotverordnungen Demonstrationen zu veranstalten, weil in der Stadtverordnetenversammlung über die Gewährung einer Winterbeihilfe an die Erwerbslosen verhandelt werden sollte.

Erdbeben in Moskau. Bei dem Beben der Spar- und Darlehnskasse in Moskau, Philipp Blum, sollte eine Revision stattfinden. Als die Kommission erschien, lag dieser am Boden und der Kassenschatz war durchwühlt. Blum gab an, er sei von zwei Männern überfallen worden. Später habe er feststellen müssen, daß 6000 Mark gestohlen worden seien. Die Gendarmerie, die den Angaben Blums skeptisch gegenübersteht, nahm Blum und seinen Sohn in Haft, die aber später wieder entlassen wurden.

Von einer Granate zerschlagen. Der 21 Jahre alte Matthias Wassen fand bei Arbeiten auf einer Wiese bei Hermetkeil (Hunsrück) eine Granate, die anscheinend bei dem Rückzug der deutschen Truppen dort liegen gelassen worden ist. Trotz der Warnung seiner Kameraden nahm Wassen einen Stein und schlug auf die Granate. Dabei explodierte das Geschoss und zerschlug Wassen in Stücke. Seine Kameraden hatten sich durch schnelle Flucht in Sicherheit gebracht.

Güterzug fährt Personenzug in die Flanke. Der von Hensburg nach Hamburg fahrende Personenzug hatte gerade die Station Büdelsdorf bei Rendsburg verlassen, als ihm ein rangierender Güterzug in die Flanke fuhr. Bei dem Zusammenstoß stürzten zwei Wagen des Personenzuges um und gingen in Trümmer. Von den Insassen wurden sechs Personen verletzt. Ärzte und Sanitätspersonal bemühten sich sofort um die Verunglückten. Ein in Rendsburg zusammengestellter Zug beförderte die Fahrgäste weiter.

Zwei Torpedoboote festgeraten. Die beiden Torpedoboote „G 7“ und „T 190“ waren auf der unteren Elbe etwa 2 Kilometer von Rendsburg im Schlick festgeraten. „G 7“ konnte von zwei Kieler Schleppern wieder flottgemacht werden. „T 190“ hofft man, beim nächsten hohen Wasserstand wieder freizubekommen.

Entgleisung des Schnellzuges Warschau-Wien. In der Nähe von Rogow in Kongresspolen entgleiste der Schnellzug Warschau-Wien, doch gelang es dem Lokomotivführer, den Zug so schnell anzuhalten, daß ein größeres Unglück verhütet werden konnte. Einige Personen wurden durch herabfallende Gepäckstücke und eingebrachte Fensterscheiben leicht verletzt. Die Untersuchung ergab, daß die Schienen an der Unglücksstelle von verbrecherischer Hand losgeschraubt worden waren.

Theaterbrand in Kopenhagen. Im „Nørrebro-Theater“ brach einige Stunden nach Schluß der Abendvorstellung Feuer aus. Das Gebäude wurde bis auf den Bühnenraum vernichtet. Personen kamen bei dem Brande nicht zu Schaden.

Zahlungseinstellung zweier norwegischer Banken. Die Norske Kreditbank, Oslo, und die Bergens Privatbank, Bergen und Oslo, haben ihre Zahlungen eingestellt. Auf Antrag beider Banken hat das Kabinett entsprechend der einschlägigen Bestimmung des Bankgesetzes beschlossen, die sich aus den Zahlungseinstellungen ergebenden üblichen Folgen für drei Monate zu verschieben, um so den Banken die erforderliche Zeit zur Beendigung der Verhandlungen zu gewähren, die zur Reorganisation beider Banken eingeleitet worden sind.

Zusammenstoß in einer portugiesischen Stadt. In Evora kam es bei einer Gedächtnisfeier zu einem Zusammenstoß zwischen den Regierungsanhängern und den Regierungsgegnern. Es wurden Schüsse gewechselt. Zwei Personen wurden getötet und mehrere verletzt. Dr. Silva Dias wurde, als er sein Auto bestieg, ebenfalls durch Revolverschüsse getötet. Die Regierung hat daraufhin den Zivilgouverneur und den Polizeikommissar von Evora abgesetzt, die dortige Polizei aufgelöst und Polizeistreitkräfte aus Lissabon zur Aufrechterhaltung der Ordnung gesandt.

Die erste Hinrichtung einer Frau in der Türkei. Zum ersten Male in der Geschichte der Türkei ist eine Frau wegen Mordes öffentlich hingerichtet worden. Fatma Hanum, eine Eingeborene aus Sparta, einer Stadt in der Nähe von Smyrna, im Alter von 40 Jahren, ist schuldig befunden worden, eine andere Frau mit einer Art geldöter zu haben, um deren Gatten zu heiraten. Sie nahm ihren Tod mit philosophischem Gleichmut entgegen. In Weiß gekleidet, wie alle zum Tode Verurteilten in der Türkei, sprach sie zuerst ein Gebet des Koran, bestieg dann festes Schrittes den Galgen und legte sich selbst die Schlinge um den Hals. Tausende Menschen aus der Umgebung waren herbeigeeilt, um der Hinrichtung zuzusehen.

Indischer Bezirksrichter von zwei Frauen niedergeschossen. Der Distriktsrichter für den Bezirk Tippehah in Bengalen ist von zwei bengalischen Frauen erschossen worden, deren Verhaftung er anordnet hatte.

Praktische Festgeschenke!

Haushaltungs-Artikel

aller Arten in guter Qualität

Spielwaren in unerreichter Auswahl

Puppen, Puppenwagen

Rodelschlitten (Davos)

Schlittschuhe (Stürmer)

BILLIG und doch GUT nur in

VOLLAND'S

BAZAR, LUISENSTR. 75



Notverkauf!

1 schweres Eichen-Schlafzimmer (Hüfing, 2 m Schrank) mit Aufbaum-Einl., 2 Zimmereisen u. 2 Glasstühle; ferner 1 Schlafzimmerschrank, hellgrün lackiert, (2-türig, 1,50 m Schrank) welcher auch als Fremdenzimmer mit zwei Betten dienen kann, zu verkaufen. Offert. unter V 9898 an den Verlag dieser Zeitg.

Zu verkaufen: Elektr. Ofen, Fischkocher. Brendelstr. 34 part.

Hotelgebäude mit ca. 100 Zimmer, das sich für ein Sanatorium eignet, bei größerer Anzahlung zu kaufen gesucht. Off. u. N. 2355 Leipzig an die Dankschreiben und Vogel, Frankfurt am Main.

Geld

zu 3 Proz. an jedermann, zur Anschaffung und Schuldentilgung, rückzahlbar in Monatsraten von 10 bis 20 Mk. und kündbar durch Spargenossenschaft. Proviert geg. Rückporto. Weidenscheider Mobil-Sparverband Bezirksleitung: Bad Gumburg, Hölsteinstraße 20.

Es ist ja so einfach!

Sie kommen mit dem **GUTSCHEIN** den Sie geschenkt bekommen haben zu uns und suchen sich ein Paar **SALAMANDERSCHUHE** aus.



Alleinverkauf:

Schuhhaus Josef Kern Nachf.

Einige tüchtige Bezirksvertreter

werden noch eingestellt zum Besuche der Landwirte und ländlichen Tierhalter für den Verkauf altbekannter und leichtverfügbaren Vieh-Nährmittels, die in jeder Viehhaltung gebraucht werden. Große Absatzmöglichkeiten, daher hohes Einkommen! Schriftl. Angebote unter Angabe des bereisten Bezirkes unter V. P. 224 an die Gred. d. Blattes.

Praktische Geschenke Strickwaren, Handarbeiten Tricotagen, Einheitspreis-Artikel

Große Auswahl! Günstige Preise!

Fr. Ad. Zeuner

Salzgasse 3 Maschinen-Strickerei, Wollwaren Sonntags geschlossen

Neu erschienen:

Aus Deutschen Bauen

Album für frohe Kreise

6 der schönsten Stimmungs-Potpourris

Ein Melodienkranz aus 115 Liedern

Ich muß wieder einmal in Grinzing sein
Im Prater blüh'n wieder die Bäume
Im Rolandsbogen
Wien wird bei Nacht erst schön
Ein rheinisches Mädchen
Das ist der Frühling in Wien
Ich hab mein Herz in Heidelberg verloren
In der Pfalz
Es war einmal ein treuer Husar
Leb' wohl schwarzbraunes Mägdlein
O du wunderschöner deutscher Rhein
Warum ist es am Rhein so schön
Da draußen in der Wachau
Das ist ein Wein
Das Herz am Rhein
Das Band zerrissen und du bist frei
Jetzt trink'n wir noch a Flaschl Wein
Grüße an die Heimat (Teure Heimat)
Ein Vöglein sang im Lindenbaum
Beim Holderstrauch
Fein, fein schmeckt uns der Wein
Wein-Walzer
Lasset uns das Leben genießen
Aus der Jugendzeit
Schön ist die Jugend
Walddeslust
Wer das Scheiden hat erfunden
O Susanna
Es war ein Knabe gezogen
Horch die alten Eichen rauschen
Wie's daheim war

Verlassen, verlassen bin ich
Zieh hinaus beim Morgengraun
Vom Rhein der Wein
Wer nicht liebt Wein, Weib und Gesang
Still ruht der See
Wir woll'n ein bißchen schunkeln
Der kreuzfidele Kupferschmied
Der Rixdorfer
Die schönsten Augen (Du hast Diamanten und Perlen)
O schöne Zeit, o sel'ge Zeit
Schaukellied (Springe mein Liebchen, ach)
Wenn die Blätter leise rauschen
Da, wo der Nektar glüht
Die alten Deutschen tranken noch eins
Keinen Tropfen im Becher mehr
O alte Burschenherlichkeit
Warum sollt' im Leben
Hinaus in die Ferne
Im Wald und auf der Heide
O Straßburg, o Straßburg
Schatz, mein Schatz, reise nicht so weit von
An der Weser
Auf ihr Brüder, laßt uns wallen
Ich kenn' einen hellen Edelstein
Ich schnitt' es gern in alle Rinden ein
Lustig ist das Zigeunerleben
Was nützt mir ein schöner Garten
Herzliebchen mein unterm Rebendach
Mein Mädel hat einen Rosenmund
Vogelbärbaum

Elegante Ausstattung! 4 Farben-Titel! 76 Seiten stark!

Ausgabe für Klavier (mit überl. Text) RM. 4.-

Dazu erschien auch **Violine RM 2.-** und **Cello RM 1.50**

Zu beziehen durch jede Musikalien-, Instrumenten- u. Buchhandlung oder wo nicht erhältlich direkt vom Verlag **ANTON J. BENJAMIN, A.-G., LEIPZIG C 1, Tauschenweg 20**
Postcheck-Konto: Leipzig 654 31

Spiele

Selbstbeschäftigungen, Märchen-, Mal- u. Bilderbücher, Geschenkartikel

FRANZ BECKER, Bad Homburg

Bürobedarf- und Papierhandlung / Buchbinderei Luisenstraße 35.

Gibt für die Winterhilfe!

Weinheber

Abfüllschläuche

Tannus-

Drogerie

Carl Mathay,

G. m. b. H.,

Quisenstraße 11.

4-5-Zimmer-

Wohnung

mit Zubehör sofort oder später zu mieten gesucht. Schriftliche Angeb. befördert die Geschäftsstelle dieser Zeitung unter M 100

Gedenktage.

16. Dezember.

1742 Gebhard Leberecht Fürst Blücher von Walsstätt in Rostock geboren.
1770 Ludwig van Beethoven in Bonn geboren.
1830 Der ungarische Staatsmann Koloman Tisza von Borosjenö in Großwardein geboren.
1836 Der Chirurg Ernst von Bergmann in Rügen, Völand, geboren.
1869 Der Maler und Radierer Otto Greiner in Leipzig geboren.
1878 Der Schriftsteller Karl Gutzkow in Frankfurt a. M. gestorben.
Sonnenaufgang 7,59 Sonnenuntergang 15,52
Mondaufgang 12,12 Monduntergang 23,42
Prot.: Ananias Rath.: Adelsheid

Mittelstand und Notverordnung

Wir wollen als „Mittelstand“ — dem üblichen Sprachgebrauch folgend — den Handwerker und Gewerbetreibenden, den selbständigen Kaufmann betrachten, sofern es sich bei deren Unternehmungen um solche mittleren Umfanges handelt. Daß diese Schichten ganz besonders schwer unter der heutigen Wirtschaftslage leiden, ist sicher. Ebenso, daß sie von den Steuern besonders schwer betroffen werden. Der Ruf nach Befreiung der Hauszinssteuer beispielsweise geht vom Mittelstande aus, dessen Angehörige vielfach gezwungen sind, wegen ihres Betriebs Hausbesitzer zu sein.

Die neue große Notverordnung hat nun zahlreiche Bestimmungen gebracht, die gerade den Mittelstand besonders interessieren. Da ist zunächst die Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,85 auf zwei Prozent. Sie ist natürlich höchst unerwünscht, steht übrigens auch im Gegensatz zu der Tendenz der Preisentwertung, die die Notverordnung sonst beherrscht. Da Warensummen bis 5000 Mark jährlich umsatzsteuerfrei sind, bleiben wenigstens die kleinsten Geschäftsteile von den Umsatzsteuerbestimmungen verschont. Die Preisentwertung selbst ist für den Mittelstand dann durchführbar, wenn die öffentlichen Unternehmungen — Bahn, Post, Gas- und Elektrizitätswerke — mit der Tarifermäßigung vorangehen.

Angenehmer für den Mittelstand ist die durch die Notverordnung verfügte Zinssenkung. Es werden bekanntlich alle Zinsen für festverzinsliche Papiere, Obligationen, Anleihen, Pfandbriefe und für alle Hypotheken gesenkt. Diese Herabsetzung der Zinsen bleibt auch für die Zukunft wirksam und ist nicht etwa befristet. Sie soll so lange aufrechterhalten bleiben, bis eine wirkliche Gesundung der Wirtschaft wieder erreicht ist. Dazu kommt die Ermäßigung der Zinsen auf dem Geldmarkt. Weiter ist besonders wichtig die Aufhebung der Steuerverzugszuschläge. Diese Verzugszuschläge, die bekanntlich bis zu 15 Prozent in wenigen Tagen ausmachen konnten, fallen ab 1. Januar 1932 fort. Es sind auch die allgemeinen Steuerverzinsen gesenkt worden, die bei verspäteter Steuerleistung gezahlt werden müssen. Sie betragen bisher jährlich 24 Prozent und werden auf 12 Prozent herabgesetzt. Auch die Aufschubzinsen bei gestundeten Zöllen werden von 10 auf 8, bei gestundeten Steuern auf 5 bis 8 Prozent jährlich statt 5 bis 12 Prozent ermäßigt.

Der Mittelstand war es, der die Forderung auf Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft stellte. Hier sind nun Maßnahmen getroffen, welche die Wohnungszwangswirtschaft allmählich aufheben, und zwar ab 1. April 1932. Diese Maßnahme gilt auch für Geschäftsräume und Handwerkbetriebe. Von einschneidender Bedeutung sind weiterhin die Maßnahmen auf dem Gebiet

der Zwangsvollstreckung. In Zukunft darf der Zuschlag regelmäßig nicht unter sieben Zehntel des Grundstückswertes erteilt werden, der Schuldner, der seine Verpflichtungen infolge der Wirtschaftskrise nicht erfüllen konnte, kann auf höchstens sechs Monate die einstweilige Einstellung der Grundstücksversteigerung erwirken. Außerdem wird das Zwangsverwaltungsverfahren einfacher und billiger ausgestaltet als bisher.

Damit der kleinere und mittlere Unternehmer, der selbständige Kaufmann und Handwerker existenz- und leistungsfähiger werden, sind besondere wirtschaftliche Maßnahmen in der Notverordnung vorgezogen. Die Entwicklung in unserer Wirtschaft hat gezeigt, daß die Zusammenfassung von Einzelbetrieben zu Unternehmungen großen Stils wirtschaftlich nicht immer richtig war. Der private Unternehmer trat zurück. Die Geschäftsführung und Verwaltung wurde schwerfälliger und damit auch für das Unternehmen unwirtschaftlicher. Das wirkte sich besonders in der Krisenzeit aus. Wir müssen in verstärktem Maße wieder dezentralisieren, in gewissem Umfange die durch die Zusammenfassung von kleineren Unternehmungen entstandenen großen Gesellschaften in Einzelbetriebe aufteilen. Das ist der Grund dafür, daß durch die Notverordnung die Aufteilung großer Gesellschaften steuerlich erleichtert wird. Außer der Aufteilung will die Verordnung aber auch die völlige Auflösung von Gesellschaften erleichtern. Diese Vergünstigung wird nicht nur auf Aktiengesellschaften, sondern auf sämtliche Kapitalgesellschaften angewandt. In der Hauptsache kommen diese Vorteile der Verordnung den Grundstücks-gesellschaften zugute, an denen nur ein Gesellschafter oder wenige Gesellschafter beteiligt sind und für deren Existenz kein wirtschaftliches Bedürfnis besteht.

Für den gewerblichen Mittelstand ist das Kapitel 4 der Notverordnung ganz besonders wichtig. Darin heißt es: „Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, für Zwecke der Rationalisierung des gewerblichen Genossenschaftswesens bis zu 20 Millionen Reichsmark auszugeben.“

Es ist nicht zu leugnen, daß die Notverordnung versucht, dem Mittelstand, dem sie — wie allen übrigen Berufsschichten — schwere Opfer auferlegt, auf der anderen Seite auch wieder Entlastungen zu bringen. Wie sich das alles auswirken wird, bleibt freilich abzuwarten. Die dringend nötige steuerliche Entlastung ist leider noch nicht durchgeführt, abgesehen von dem allmählichen Abbau der Hauszinssteuer, der in Angriff genommen wird. Alles in allem wird auch der Mittelstand die neue Notverordnung nur „mit einem nassen und einem heiteren Auge“ betrachten.



Schulunterricht im Gasthaus.

In Zepernitz bei Bernau hat die Schulnot dazu geführt, daß die Schulkinder in einem Gasthaus unterrichtet werden.

Die preussischen Bischöfe an den Kultusminister.

Berlin, 15. Dezember.

Die preussischen Erzbischöfe und Bischöfe haben durch den Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Berttram, eine neue Eingabe an den preussischen Kultusminister gerichtet, in der eine wirksame Abhilfe gegen die Bildung und Agitation kommunistischer Zellen in den konfessionellen Volksschulen gefordert wird.

In dem Schreiben wird namentlich auf die Tätigkeit der Kommunisten in Breslau hingewiesen, die durch Handzettel zum Beitritt in den Jung-Spartakus-Bund auffordern, der durch Spiele, Wanderungen und Versammlungen die kommunistische Idee unauffällig zu verbreiten sich zum Ziel setzt. Auch in anderen Großstädten und Industrieorten, heißt es weiter in der Eingabe, versuche man planmäßig, die Arbeit der Bekenntnisschule zu stören und die Kinder zum marxistischen Schulkampf in bolschewistischer Gestaltung zu verführen.

Die Hauszinsung in Rotenberg.

Was der amtliche Bericht enthält.

Karlsruhe, 15. Dezember.

Der Polizei war nach einer Mitteilung der Pressestelle des badischen Staatsministeriums zur Kenntnis gekommen, daß von dem ehemaligen kaiserlichen Gefandten, Dr. von Reichenau auf Burg Rotenberg bei Wiesloch zu einer „geselligen Zusammenkunft“ eingeladen worden war, die nach dem Wortlaut der Einladung dem Zwecke dienen sollte, eine aufläuternde Aussprache über die Politik des Nationalsozialismus herbeizuführen. Mit der Einladung wurde ein vielfältig politisches Schreiben des Fürsten Eulenburg, Hertefeld in Liebenau (Mort) verandt, das eine Anwerbung für den Nationalsozialismus in den Kreisen des mittleren und Großgrundbesitzes darstellt, und welchem eine Niederschrift einer Besprechung des Fürsten Eulenburg-Hertefeld mit Adolf Hitler beilag. Nach weiteren der Polizei gemachten Mitteilungen war anzunehmen, daß die Ziele des Nationalsozialismus auch unter dem Gesichtspunkt ihrer praktischen Durchführung eine Erörterung finden sollten, ganz abgesehen davon, daß der „politische Tee“, wie er in einzelnen Zeitungen genannt wird, möglicherweise als unerlaubte politische Versammlung angesehen werden mußte. Die politische Polizei schritt deshalb pflichtgemäß zu näheren Feststellungen und zur Durchsuchung.

Der Lohnkampf in Nordwest.

Gewerkschaften lehnen Schiedspruch ab.

Essen, 15. Dezember.

Der Schiedspruch für die Eisen- und Metallindustrie ist von den Gewerkschaften abgelehnt, von den Arbeitgebervertretern angenommen worden.

Der Schiedspruch sieht folgendes vor: Für die Facharbeiter wird der Stundenlohn herabgesetzt von 79 auf 70 Pfennig, für die Hilfsarbeiter von 63 auf 55 Pfennig. Die sogenannte Altkordicherung, die bisher 15 Prozent betrug, wird auf 10 Prozent herabgesetzt. Diese Lohnregelung gilt ab 1. Januar 1932, während für Dezember 1931 der alte Lohnsatz wieder in Kraft gesetzt wurde.

In der Arbeitszeitfrage kam es zwischen den Parteien zu einer Vereinbarung. Hiernach beträgt die Arbeitszeit in den weiter verarbeitenden Betrieben 48 Stunden statt 52 Stunden bisher, mit der Maßgabe, daß, falls Betriebsnotwendigkeiten es erfordern, eine längere Arbeitszeit gestattet ist. In allen Fällen, in denen bisher 57 Stunden durchschnittlich festgelegt waren, wird die Arbeitszeit auf 54 Stunden durchschnittlich herabgesetzt.

Im Calmette-Prozess erklärte Professor Dange, daß eine Verwechslung und Verunreinigung der Calmette-Kulturen vollständig ausgeschlossen gewesen sei.

Am Dienstag begann der Verspionageprozess gegen den Leiter der Chemie-Abteilung der R. G. O. Erich Stiefen und mehrere andere Personen.

Ich hab dir verziehn!

Roman von Clotilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

149

Aber als Hans Egon sie einmal in einem Anfall von glühender Eifersucht über die Herkunft dieser ungeheuren Summen befragt hatte, da wies sie ihn mit einer so herrischen Geste zum Schweigen, daß er wußte: er besaß keinerlei Macht mehr, sie an irgend etwas zu verhindern. Die Furcht, sie zu verlieren, war größer als seine Selbstachtung.

Und nur in wirren Träumen stiegen in ihm zuweilen die Bilder der verlorenen Heimat auf, Gedanken an Reinheit und nordische Stille, aber auch die Dämonen der Selbstvorwürfe und die Reue.

Nach solchen Nächten stürzte er sich um so gieriger in den Genuß des Lebens, das allein noch von Dolores bestimmt und erhebt wurde. Er wollte die Wirklichkeit und seine Erniedrigung nicht sehen. So verschloß er auch gewaltsam seine Augen vor der Tatsache, daß jene Mittel, die er auf die Flucht mitgenommen hatte, in dem üppigen Leben hier mehr und mehr zusammenschmolzen.

Zwar hatte Dolores noch keine Geldforderungen an ihn gestellt. Und das war es ja gerade, was ihn am meisten beunruhigte. Aber schon die Ausgaben für seine eigene Existenz, die einer Dolores würdig sein mußten, verschlangen Tausende und Tausende.

Einmal hatte er es gewagt, Dolores von seiner Sorge zu sprechen. Aber sie hatte ihm die Lippen zugefüßt und lachend erwidert:

„Mach dir darüber keine Kopfschmerzen. Kommt Zeit, kommt Geld.“

Diese rätselhaften Worte ließen ihn einen Augenblick stutzen. Dann aber steckte ihre leichtsinnige Fröhlichkeit ihn wieder an. Er vergaß, was sie gesprochen hatte, was ihn bedrückte.

Aber es kam der Tag, an dem sich Hans Egon jener rätselhaften Worte aus Dolores' Munde erinnern mußte. Das war der Tag, an dem man ihm auf der Bank mitteilte, daß sein Konto erschöpft und man nicht in der Lage wäre, ihm neue Mittel auszuhandigen.

Verzweifelt ging er zu Dolores.

„Was gibt es denn?“ erkundigte sie sich nach einem Blick in sein verstörtes Gesicht. Statt einer Antwort brach er aufschreiend vor ihr zusammen:

„Ich bin verloren, Dolores! Du siehst einen Bettler zu deinen Füßen. Was soll ich tun, um dich nicht zu verlieren? Nichts ist mir zu gering, keine Arbeit.“

Dolores fuhr ihm leicht mit der Hand über sein blondes Haar, indessen, für ihn unsichtbar, ihre Blicke einen Ausdruck grausamer Befriedigung trugen:

„Ich weiß eine Arbeit für dich; sie ist nicht schwer, und sie bringt Geld ein. Nur eines ist dabei: du mußt für einige Zeit nach Deutschland zurück!“

„Nie!“ schrie er auf und stand im nächsten Augenblick auf seinen Füßen, „nie!“ wirst du mich dazu bringen!“

„Wirklich nicht?“ erwiderte sie, und ihre Augen schlossen sich wie bei einem Raubtier zu einem schmalen Spalt. „Du hast zu wählen, entweder hier zu verhungern und mich nicht wiederzusehen, oder aber in Deutschland für eine kurze Zeit nach meinen Weisungen zu arbeiten, um als reicher Mann zu mir in meine Arme zurückzukehren!“

Er wollte sprechen. Sie hob die Hand und sagte:

„Verschwiegen!“

„Geh jetzt! Überlege dir, was ich dir gesagt habe. Es ist unabänderlich. Das Weitere besprechen wir dann morgen.“

Sie erhob sich, wehrte seine sehnstüchtlige ausgestreckten Arme kalt ab und ging schnellen Schrittes in ihr Schlafzimmer, dessen Tür sie mit einem harten Ruck vor ihm verschloß.

Taumelnden Schrittes, mit leeren, verzweifeltsten Blicken durchquerte Hans Egon das Vorzimmer, und hätte beinahe

Paolo, den Diener, umgerissen, der dort hantierte und auf ihn zu warten schien.

„Ich habe Ihnen etwas mitzuteilen, Herr Graf“, flüsterte Paolo leise und hastig — Gesicht und Stimme hatten die unbewegliche Dienerei plötzlich abgelegt —; „aber nicht hier. Hier haben die Wände Ohren. Sie sind in Gefahr, Herr Graf. Kommen Sie heute Abend in die Casa blanca, in die Wirtschaft zum ‚Schwarzen Pedro‘, dort werde ich Ihnen alles erklären.“

Er legte warnend den Zeigefinger an den Mund und wandte sich mit unbewegtem Gesicht wieder seinen Hantierungen zu.

Es war die bestimmte Stunde, als Hans Egon in die dunkle Gasse einbog und nach kurzem Suchen die Schenke von Pedro fand. Paolo wartete bereits in einer einsamen Ecke des kleinen Hauses. Unausgefordert brachte der dicke braune Wirt mit den breiten Goldohrringen eine Flasche chilenischen Rotweins. Er stellte sie vorsichtig vor die beiden Männer hin, von denen er Paolo genau zu kennen schien.

Raum hatte er sich entfernt, zog Paolo, sich vorsichtig umschauend, einen Umschlag aus der Tasche und legte stumm mehrere Papiere vor Hans Egon auf den weiß geschuerten Tisch.

„Was ist das?“ fragte Hans Egon misstrauisch.

„Was?“ erwiderte Paolo leise, aber eindringlich, und legte seine braune, krallenartige Hand auf die Papiere. „Das sind die Beweise für einen raffinierten Betrug, den Madame und der saubere Bankier Ericson schon einmal an Ihnen verübt haben — und den Sie jetzt wiederholen möchten.“

Sie wissen doch von dem Rauschsteinschen Wirt, daß Sie seinerzeit an den Juwelier Mathis gegeben haben, um dafür einen Schmuck für Madame zu kaufen. Madame ist eine sehr gute Geschäftsfrau. Sie hat mit dem Juwelier zusammen Geschäfte gemacht, denn es waren viele Herren, die bei Mathis Schmuck erstanden. (Fortsetzung folgt.)

Mus Nah und Fern

Schwerer Verkehrsunfall.

Frankfurt a. M. Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich an der Ecke der Neuen Kräme und der Schnurgasse, wo ein Motorradfahrer mit einem Personenkraftwagen zusammenstieß. Der Motorradfahrer wurde in weitem Bogen von seinem Motorrad geschleudert. Er trug einen Unterschenkelbruch und eine Gehirnerschütterung davon und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden.

6 Millionen Fehlbetrag.

Kassel. In einer Pressebesprechung im Rathaus teilte Bürgermeister Dr. Lahmeyer über den Etat der Stadt Kassel mit, daß das Jahr 1930 mit einem Fehlbetrag von 2,05 Millionen Mark abschließt, an dem hauptsächlich die Polizeiverwaltung, die Wohlfahrtspflege, die städtischen Wohnungen usw. beteiligt sind. Der Fehlbetrag des Rechnungsjahres 1928/29 macht mit dem Fehlbetrag des Etatsjahres 1930 6 043 000 Mark aus. Das Vermögen der Stadt Kassel beträgt etwa 53 Millionen Mark, dem Schulden von zusammen 42 Millionen gegenüberstehen. Der Fehlbetrag des laufenden Jahres wurde von dem Bürgermeister schätzungsweise auf 800 000 bis eine Million Mark beziffert.

In Notwehr erschossen.

Kassel. Eine zwischen zwei Ortsbewohnern in Brilon seit Jahren bestehende Feindschaft führte zu einem Zusammenstoß zwischen beiden, in dessen Verlauf einer tot am Platz blieb. Morgens begegnete der Metzger A. dem Wildwarter J. Der Metzger ging sofort auf den Wildwarter los, worauf dieser in der Notwehr schoß und den Angreifer tödlich t. A. wurde vorläufig in Haft genommen.

Frankfurt a. M. (Der Schönberger Willen einbrecher vor Gericht.) Vor dem Erweiterten Schöffengericht hat Verhandlung gegen den Konditor Bernhard Nonnenmacher und zehn Mitbeschuldigte begonnen. Nonnenmacher wurde Anfangs Oktober, als er in der Schnurgasse eine Schreibmaschine verkaufen wollte, festgenommen, und es ergab sich, daß die Polizei einen guten Fang getan hatte, denn auf das Konto dieses verwegenen Einbrechers kamen etwa 80 Einbrüche und drei Raubüberfälle. Nonnenmacher wurde Anfangs April aus der Strafanstalt in Thüringen entlassen. Im August verübte er in Charlottenburg einen Wohnungseinbruch. Anfangs September kam er nach Frankfurt, wo er Wasserhäuschen, Bauhütten, Kantinen und Willen im Taunus, insbesondere in Schönberg erbrach.

Bad Schwalbach. (Unregelmäßigkeiten bei der Vereinsbank.) Wie von uns gemeldet, hatte sich kürzlich eine Aufsichtsratsprüfung mit Unregelmäßigkeiten des Direktors Schnellbach von der hiesigen Vereinsbank beschäftigt. Schnellbach wurde nunmehr von der Staatsanwaltschaft verhaftet; der Kassierer Adam wurde bis auf Weiteres vom Dienste suspendiert. Der Geschäftsverkehr der Bank geht ungehindert weiter.

Limburg. (Friedhoffschändung.) Erst jetzt entdeckte man, daß auf dem sogenannten alten Friedhof, der direkt an den Dom grenzt, Friedhoffschänder am Werke gewesen sind. Sie haben in einer der vergangenen Nächte annähernd 40 Grabdenkmäler mit roher Gewalt umgeworfen, so daß sie fast alle in Trümmer gingen. Daß es sich um mehrere Täter gehandelt haben muß, geht schon daraus hervor, daß einige der Denkmäler ihrer Schwere wegen von einem Manne nicht umgeworfen werden konnten. Der Friedhof bietet ein wüstes Trümmerfeld. Die Nachforschungen der Polizei werden dadurch erschwert, daß die Tat schon einige Tage zurückliegt.

Schwege. (75 000 Mark Etatdefizit.) In der Stadtverordnetenversammlung wurde der Verwaltungsbericht für das erste Halbjahr erstattet. Durchweg zeigen sich bei allen Steuerarten wesentliche Mindereingänge, so daß schon jetzt mit einem Fehlbetrag von 75 000 Mark gerechnet werden kann. Die Versammlung beschäftigte sich dann mit einer Eingabe der Erwerbslosen auf Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe. In Anbetracht der gespannten Finanzlage der Stadt muß in diesem Jahre von jeder Beihilfe abgesehen werden.

Oberwehren. (Neues Geständnis von Hanke.) Der unter dem Verdacht, die Witwe Köhler ermordet zu haben, verhaftete Ernst Hanke in Oberwehren, hat sein Geständnis wiederholt. Er gibt zu, die Frau auf das Bett gestoßen und mit einem Tuch erstickt zu haben. Angeblich will er vorher von der Frau einen Schlag erhalten haben. Nach der Tat nahm er die Kaffeekanne an sich und verließ das Haus. Nach den weiteren Feststellungen hat er sich am Tage nach der Tat in seiner Wohnung mit seinem Vermieter unterhalten und zum Ausbruch gebracht, daß er ein dummes Geschicht mit einer alten Frau gehabt habe.

Fingierter Raubüberfall?

Monzernheim. Dieser Tage sollte bei dem Rechner und Unterherber Phil. Blum eine Aufsichtsrats- und Vorstandssitzung, sowie Revision stattfinden. Als die Mitglieder des Aufsichtsrates in die Wohnung des Blum kamen, fanden sie diesen am Boden liegend vor, der Kessenschrank stand offen und alle Behälter waren durchwühlt. Blum gab an, gegen 7.15 Uhr seien zwei verummte Männer bei ihm eingedrungen und während ihm der eine Revolver auf die Stirn setzte, hätte ihn der Zweite mit einem Tuch, auf dem sich eine Flüssigkeit befand, betäubt. In dem Kessenschrank hätten sich etwa 6000 Mark befunden. Das Geld war nicht mehr vorhanden. Der Sohn des B. soll während der Zeit, die der Vater als die Ueberfallszeit angibt, im Nebenzimmer gebadet haben. Er hat von dem „Ueberfall“ nichts gehört. Blum und sein Sohn wurden festgenommen und dem Amtsgericht Osthofen zugeführt. Nach erfolgter Feststellung des Sachverhaltes wurden beide wieder auf freien Fuß gesetzt.

Entführung aus politischen Gründen?

Heidesheim. Am Rheinufer in Erbach (Rheingau) wurde der Lehrer Konr. Hill von hier von zwei Unbekannten überfallen, betäubt und in einem Personenkraftwagen abtransportiert. Als der Lehrer wieder zu sich kam, befand er sich in einem Zimmer, um ihn standen fünf Männer, die ihm erklärten, sie suchten einen Funktionär aus Wiesbaden und hätten an seinen Bavieren festgestellt, daß man den

Falschen festgenommen habe. Der Lehrer wurde dann wieder betäubt und als er wieder zu sich kam, befand er sich auf einer Landstraße zwischen Essen und Steheln. Ueber dieser mysteriösen Ueberfall konnte noch nichts Näheres in Erfahrung gebracht werden. Die Untersuchung wird vom Essener Polizeipräsidium geführt.

Darmstadt. (Aus dem Gerichtssaal.) Das Bezirkschöffengericht begann eine Verhandlung gegen einen 28-jährigen Kaufmann Rudolf Schmidt aus Thüringen wegen Betrugs. Der junge Mann warb als Vertreter einer Berliner Bauparkasse in ganz Hessen Kunden und gab sich hauptsächlich mit solchen ab, die für teures Geld Zwischenkredite von ihm zu erlangen hofften. Er wird nun beschuldigt, das Geld versprochen und die Werbekosten von ihnen entgegengenommen zu haben, obwohl er genau wußte, daß das Geld nicht da war. Der Angeklagte bestreitet das. Er sei guten Glaubens gewesen und die Schuld habe lediglich an der Berliner Firma gelegen, die das Geld versprochen und dies Versprechen nicht erfüllt habe. Die bisher erschienenen Zeugen bestätigen größtenteils seine Aussagen und stellen ihm ein durchaus gutes Zeugnis aus. Die Verhandlung wird am Dienstag fortgesetzt.

Darmstadt. (Zwei neue Ehrendoktoren der Technischen Hochschule.) Rektor und Senat der Technischen Hochschule in Darmstadt haben auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Maschinenbau dem Generaldirektor der Papier- und Zellstoffwerke AG. Feldmühle, Hans Gottstein in Stettin, in Anerkennung seiner hervorragenden Leistungen in der Papierindustrie und dem Generaldirektor der Firma Krause und Baumann, R. Schmeil in Heidenau bei Dresden, in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Papierfabrikation, insbesondere auf dem Gebiete der Herstellung von Streichpapieren, die Würde eines Dr. ing. e. h. verliehen.

Klein-Berau. (Bürgermeisterwahl.) Bei der Bürgermeisterwahl wurde der Kandidat der SPD. Schreibgehilfe Jakob Bender gewählt. Er erhielt 334 Stimmen. Auf den Gegenkandidaten Joh. Reibstein entfielen 260 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 92,63 Prozent.

Osthofen. (Ein interessanter Gemeinderatsbericht.) Der Gemeinderat hatte sich mit zwei Punkten zu beschäftigen, einmal mit dem Antrag der Arbeitsgemeinschaft (DVB. und Fr. Bauern). Der Gemeinderat möge sich selbst auflösen, dann mit dem Antrag der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft auf Herabsetzung der Gehälter der Gemeindebeamten. Der erste Antrag wurde mit 7:7 bei einer Stimme Enthaltung abgelehnt, weil nach der Erklärung des Bürgermeisters der Gemeinderat sich weder auflösen, noch die Gemeinderäte in der Lage seien, ihre Ämter niederzulegen. Auch der zweite Antrag verfiel der Ablehnung und zwar mit 8:6 Stimmen.



Rastelli †

Enrico Rastelli, der berühmteste Jongleur aller Zeiten, ist in seiner Heimatstadt Bergamo im Alter von 36 Jahren einem Gehirnschlag erlegen.

Der Ludwigshafener Wertschpionage-Prozess

Ludwigshafen, 15. Dez. Vor dem hiesigen Erweiterten Schöffengericht begann heute der Prozess wegen der Wertschpionage bei der J. G. Farbenindustrie. Angeklagt sind der Gewerkschaftssekretär Steffen aus Berlin, der Arbeiter Dienstbach aus Höchst, der Parteisekretär Herbst aus Ludwigshafen, der Schlosser Dehlenschläger aus Ludwigshafen, die Ehefrau Dehlenschläger, der Kaufmann Schmid aus Ludwigshafen und der Tapezierer und Polsterer Ucker aus Ludwigshafen.

Die Angeklagten sind mit Ausnahme von Frau Dehlenschläger in Untersuchungshaft. Sie waren zum größten Teil in kommunistischen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen tätig. Man rechnet mit einer viertägigen Dauer der Verhandlungen.

Die verräterischen Kassiber.

Es wird von der Staatsanwaltschaft dann eine Korrespondenz vorgelegt, die zwischen Dienstbach und seiner Verlobten Anni Leiser-Berlin gepflogen wurde. In diesen Briefen enthalten einige Stellen Bemerkungen, wie z. B. „Ich habe noch kein Geld von Steffen erhalten“. Es steht auch darin, daß Dienstbach mit seinen Ergebnissen in Mannheim zufrieden war, während ihm die Ergebnisse in Ludwigshafen nicht gefielen. Dabei spielt auch der Deckname „Florian Geyer“ eine Rolle. Dienstbach äußert sich zu diesen Briefen dahin, daß sie lediglich Privatbriefe gewesen seien und daß die darin erwähnten Fortschritte der Arbeiten in Mannheim bzw. Ludwigshafen sich lediglich auf Betriebsangelegenheiten gewerkschaftlicher Art bezogen hätten.

Schwer werden die Angeklagten Herbst und Dehlenschläger durch verschiedene Kassiber belastet, die während der Untersuchungsphase geschrieben wurden und

die in die Hände des Gerichts gelangt sind. Herbst hat in einem solchen Kassiber schwere Drohungen ausgesprochen. Er spricht davon, daß er nach der Revolution zur Tscheka gehen wolle, damit er sich abregieren könne. Der Angeklagte Steffen hat in einem Kassiber bereits juristische Darlegungen über die Höhe der Strafen und die kommende Urteilsbegründung gemacht. Er rechnete mit zwei Dritteln der Höchststrafe unter Anrechnung der Untersuchungshaft. „Wir nennen es nicht Spionage, sondern Wirtschaftshilfe“, schrieb er in einem Brief. — Schwer belastet wird Steffen durch einen Absatz in einem Kassiber, den er selbst geschrieben hat. Darin heißt es:

„Der Schmid, der Hund, hat viel Geld erhalten, aber nichts dafür geleistet.“

Dieser Kassiber hat den Angeklagten Dienstbach schwer belastet, und er kann sich nur kümmerlich dazu rechtfertigen.

Nachdem sämtliche Angeklagten zugegeben hatten, daß sie die dem Gericht vorliegenden Kassiber geschrieben haben, wurde von der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung auf fünf Zeugen verzichtet, die lediglich über die Kassiber und ihre Uebermittlung hätten auszusagen sollen.

Das alte Rezept.

Der erste Zeuge, der 29 Jahre alte Schlosser Karl Kraft aus Ludwigshafen, berichtet, daß er Schmid im Jahre 1920 kennen gelernt habe. Kraft ging zum Schein auf die Angebote von Dienstbach und Schmid ein und stellte Patente über die Herstellung von Karbolsäure, Kunstharz und Ammoniak in Aussicht. Ein Verfahren hat er mit Zustimmung der Firma Raschig, die ein altes Rezept zur Verfügung stellte, auch Dienstbach übermittelt.

Der Angeklagte Schmid behauptet ganz entschieden, von Dienstbach Geld zur Uebermittlung von Betriebsgeheimnissen erhalten zu haben und nicht, wie Dienstbach behauptet, für die Lieferung sozialpolitischer und gewerkschaftlicher Artikel sowie Interna aus dem Betrieb.

Den Abschluß des ersten Verhandlungstages bildete die Vernehmung der beiden Angestellten der JG. Farbenindustrie, Dr. Eduard Link und Dr. Winkler. Beide sachverständigen Zeugen betonten, daß es sich bei dem vorliegenden Patent, das Schmid entwendet hat, um ein Betriebsgeheimnis gehandelt habe, das der Konkurrenz hätte sehr nützlich sein können.

Der Verteidiger Dienstbachs, Rechtsanwalt Dr. Weid Ludwigshafen, betont, die JG. Farben hätte doch eigentlich keine Konkurrenz, weil sie den ganzen Weltmarkt beherrsche. Es bleibe also nur Rußland als Konkurrenz.

Nach Schluß der Zeugeneinvernahme des ersten Tages lehnte das Gericht die Ladung weiterer Zeugen ab. Der Haftbefehl gegen den Schlosser Dehlenschläger, gegen den bereits der Angeklagte Schmid seine belastenden Behauptungen aus der Voruntersuchung während der Verhandlung zurückzog, wurde aufgehoben.

Die Verhandlung geht am Mittwoch weiter.



Rudzahl-Aufgabe.

Schön res weh ren es nes ä ren schlech tes lie den schwe tem es ben.

Vorstehende Silben sind in bestimmter Reihenfolge auszusprechen; die dann entstehenden Worte ergeben einen Sinn. Die zur Rudzahlung gelangten Silben rechnen beim weiteren Auszählen stets wieder mit.

Kreuzwort-Silben-Rätsel.

1	2	3	4	5	6
7	8	9	10	11	12
13	14	15	16	17	18
19	20	21	22	23	24
25	26	27	28	29	30

Die Wörter bedeuten:

a): Von links nach rechts: 1. Gottesverehrung. 4. Bierbaum. 7. Sprengkörper. 8. Indischer Dichter. 9. Afrikanisches Hirtenvolk. 10. Schweizer Kanton. 11. Papageienart. 12. Lautes Geschrei. 14. Fisch. 16. Deutscher Romanschriftsteller. 17. Wagenschuppen. 18. Autohalle. 19. Wildort. 21. Singspiel. 22. Italienisches Wirtshaus. 24. Theaterleitung. 25. Stadt in Italien. 26. Farbe. 27. Prophet. 28. Fluß in Pommern.

b): Von oben nach unten: 1. Name eines Sonntags. 2. Weiblicher Personenname (Kurzform). 3. Provinz und See in Kanada. 4. Berggipfel. 5. Weiblicher Personenname. 6. Spezialarzt. 13. Fachsprache. 15. Salatpflanze. 16. Zahlungseinstellung. 19. Biblische Person. 20. Weiblicher Personenname. 21. Schriftstellername des englischen Dichters Bulwer-Lytton (Sohn). 23. Biblischer Patriarch.

Homonym.

Der Drescher tut es arbeitsfroh,
Der Schüler Seite so und so,
Der Kaufmann nur von Zeit zu Zeit,
Wenn's, wie er sagt, die Not gebeut.

Auflösungen aus voriger Nummer:

Kreuzwort-Rätsel: Von links nach rechts: 1. Hofe, 5. Muse, 9. Ural, 10. Iran, 11. Ferdinand, 12. Erde, 13. Ente, 14. Anni, 17. Ring, 20. Laie, 21. Erbe, 22. Grenadier, 23. Erna, 24. Gera. — Von oben nach unten: 1. Duse, 2. Drel, 3. Sardinien, 4. Erde, 5. Anne, 6. Iran, 7. Santander, 8. Ende, 14. Mige, 15. Rarr, 16. Jena, 17. Rede, 18. Preis, 19. Gera.